

Stadt Reutlingen 66 Amt für Straßen Umwelt und Verkehr Gz.: Dv/Pie		07/033/02		23.02.2007
Beratungsfolge	Datum	Behandlungszweck/-art		Ergebnis
GR	06.03.2007	Kenntnisnahme	öffentlich	
BezGR Sondelfingen	02.04.2007	Kenntnisnahme	öffentlich	
Mitteilungsvorlage Dietwegtrasse GR-DS 06/106/01				

Sachverhalt

1. GVFG-Antrag

Am 22. Dezember 2006 wurden die erforderlichen Unterlagen für den Aufnahmeantrag in das GVFG-Programm (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) beim Regierungspräsidium Tübingen fristgerecht abgegeben. Derzeit wird mit dem Regierungspräsidium Tübingen über die Modalitäten einer Verschiebung der OD-Grenzen und in welcher Höhe die künftigen Unterhaltungskosten von Bund/Land übernommen werden, verhandelt.

In einem ersten Gespräch wurde vom Regierungspräsidium Tübingen gefordert, dass es nicht ausreichend ist, nur die Variante „Vollüberdeckung“ im Rahmen des Aufnahmeantrags einzureichen, sondern dass zusätzlich mögliche technische Alternativen (z. B. Einschnitt und Grünbrücken) vergleichend zu bewerten und im Antrag darzustellen sind. Zusätzlich muss die vorhandene Verkehrsprognose auf das Jahr 2020 erweitert werden.

Wenn die Stadt sich entschließt, die OD-Grenzen zu verschieben, wird die Dietwegtrasse aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen. Es entfällt somit definitiv eine potentielle Umsetzung der Trasse durch den Bund. In den weiteren Überlegungen wird deshalb auch eine angemessene Rolle spielen, ob der Bund zur Übernahme der Unterhaltungskosten – zumindest in Teilen – bereit ist.

Die Verwaltung wird den Gemeinderat über die weiteren Gespräche mit dem Land zeitnah unterrichten.

2. Bebauungsplanverfahren

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sind noch weitere Untersuchungen und Gutachten zu erstellen.

Das Bebauungsplanverfahren muss als interdisziplinäre Planung durchgeführt werden, bei der Straßen- und Städtebauer, Landschaftsarchitekten und Ökologen ihr Fachwissen und ihre Ideen im Hinblick auf die Einheit von „Straße und Umfeld“ einbringen. Ziel dieser Gemeinschaftsaufgabe ist eine durchdachte und realisierbare Planung, die straßenbauliche, verkehrstechnische, landschaftsplanerische und städtebauliche Aspekte miteinander verknüpft und eine optimale Gesamtlösung darstellt.

In diesem Rahmen sind eine ganze Reihe von Gutachten, Expertisen und Fachplanungen zu erstellen. Im Haushalt 2007/2008 sind bisher 250.000 € eingestellt. Zunächst sind die finanziellen Auswirkungen - auch bezüglich der Verschiebung der OD-Grenzen - sowie die verkehrlichen und städtebaulichen Fragen zu klären. Es ist sinnvoll, erst danach weitergehende Aufträge zu vergeben bzw. das Bebauungsplanverfahren fortzusetzen.

gez.
Kaiser

gez.
Dvorak

Anlagen: